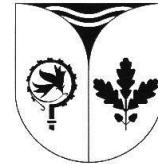


**Stadt Schwentental**  
**Der Bürgermeister**



<b>Beratungsart:</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<b>öffentlich</b>	<input type="checkbox"/>	<b>nicht öffentlich</b>
----------------------	-------------------------------------	-------------------	--------------------------	-------------------------

<b>Sachstandsmitteilung</b>	<b>Nr.:</b>	<b>152/2017</b>	<b>Datum:</b>	<b>05.10.2017</b>
-----------------------------	-------------	-----------------	---------------	-------------------

<b>Empfänger:</b>			
Nr.	-	Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1		Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales	
2		Ausschuss für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften	
3		Ausschuss für Umwelt, Verkehr, öff. Sicherheit u. Kleingartenwesen	
4		Ausschuss für Bauwesen	
5		Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen	
6		Hauptausschuss	
7	X	Stadtvertretung	11.10.2017

<b>Schluss- und Mitzeichnungen:</b>		
gez. Stremlau	gez. Menz	
Bürgermeister	Amtsleiter	Sachbearbeiter

- 1. TOP:**  
**Antrag der WIR und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.10.2017**  
**hier: Planung Feuerwehrgerätehaus Raisdorf**

**2. Sachstand:**

In der Anlage übersende ich Ihnen im Auftrag der Bürgervorsteherin den o.g. Antrag für die Sitzung der Stadtvertretung am 11.10.2017 zu TOP 6 a) der Tagesordnung.

- Ende der Sachstandsmitteilung -

## **Antrag zur Sitzung der Stadtvertretung am 11.10.2017:**

### **Planung Feuerwehrgerätehaus Raisdorf**

#### **Antrag:**

Der Bürgermeister wird beauftragt die Planungen für das neue Feuerwehrgerätehaus in Raisdorf soweit als möglich fortzuführen, damit ggf. nach positiver Entscheidung der Stadtvertretung für eine alternative Planung zur Bahnhofstrasse bzw. nach dem Bürgerentscheid nahtlos daran angeknüpft werden kann.

#### **Hierbei sollen insbesondere**

- bereits begonnene Klärungsprozesse hinsichtlich der Raumplanung/des Raumbedarfs, Din-Normen bzw. des Einhaltens eines vertretbaren Kostenrahmens unter Einbezug der entsprechenden städtischen Gremien zügig weitergeführt werden
- eine vollständige Untersuchung der Alternativstandorte entlang der B 202 hinsichtlich möglicher Zufahrten mit dem Landesbetriebes für Strassenbau und Verkehr durchgeführt werden
- Sondierungsgespräche mit den beiden Grundstückseigentümern im Bereich Dütschfeldredder bzw. entlang der B202 gegenüber „Rosenthal“ geführt werden
- der aktuelle Planungsstand von Anfang September (Vorlage 96b) den Stadtvertretern als Hintergrundinformation zur Verfügung gestellt werden
- eine laufende Unterrichtung in den Ausschüssen erfolgen

#### **Begründung:**

Die Raisdorfer Feuerwehr ist verständlicherweise besorgt und frustriert über den aus ihrer Sicht entstehenden weiteren Planungsverzug im Rahmen des Bürgerbegehrens. Allein der Gutachtensprozess nahm über ein Jahr in Anspruch, seit Schadenseintritt sind mittlerweile 4 Jahre vergangen, all das hat die Bürgerinitiative allerdings nicht zu verantworten. Dennoch ist eine aus unserer Sicht für die gesamte Stadt schädliche Stimmung auf unterschiedlichen Ebenen mit teilweise unsachlichen Argumenten, Fehlinformationen und Unterstellungen entstanden, die sich keinesfalls noch verstärken darf. Aus unserer Sicht bedarf es deshalb einer besonderen Achtsamkeit hinsichtlich der Sorgen der Feuerwehr und deshalb auch einer effektiven inhaltlichen Weiterarbeit und insbesondere Vorbereitung der planerischen Voraussetzungen nach einem möglichen Bürgerentscheid. Insofern bedauern wir auch die Absetzung des Tagesordnungspunktes im Umweltausschuss im September. Warum sollen wir nicht inhaltlich weiterdiskutieren und unsere Grundlagen, aber auch die Entscheidungsgrundlagen für die Bürger verbessern?

Im Bereich Rosenthal gab es z.B. möglicherweise vor Jahren bereits einmal eine Planung des Landesamtes für eine zusätzliche Zufahrt. Beide Grundstückseigentümer im Bereich Dütschfelredder/B202 haben Verkaufsbereitschaft bzw. Entgegenkommen der Stadt gegenüber signalisiert. Dies sind wesentliche Gesichtspunkte, die jetzt aufgegriffen werden sollten.

Unser Antrag soll einen effektiven Planungsfortgang sichern und dazu beitragen, dass die politische Kontroverse hinsichtlich der Planung nicht auf dem Rücken der Feuerwehr ausgetragen wird.